

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungen	XXI
Allgemeines Literaturverzeichnis	XXII
Allgemeine Grundlagen	1
§ 1 Die Entstehung gesetzlicher Schuldverhältnisse	1
Teil 1: Geschäftsführung ohne Auftrag	3
§ 2 Das Rechtsinstitut der Geschäftsführung ohne Auftrag	4
I. Überblick	4
II. Gesetzlicher Geltungsgrund	5
III. Systematik	7
1. Einordnung der GoA im BGB	7
2. Systematik innerhalb der Geschäftsführungsregeln	7
3. Das gesetzliche Schuldverhältnis der GoA	8
IV. Bedeutung in der Klausur	10
V. Vorrangige Regelungen	11
§ 3 Die echte Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 677–686)	11
I. Vorbemerkung	11
II. Die echte berechnigte GoA	11
1. Prüfungsschema	11
2. Tatbestand der berechnigten GoA	12
a) Geschäftsführung	12
b) Fremdheit als notwendige Anspruchsvoraussetzung	12
aa) Das objektiv fremde Geschäft	13
bb) Das sog. auch fremde Geschäft	14
cc) Das subjektiv fremde Geschäft	15
c) Fremdgeschäftsführungswille	16
aa) Definition des Fremdgeschäftsführungswillens	17
bb) Die Beweislastregel der h. M.	18
(1) Fremdgeschäftsführungswille beim objektiv fremden Geschäft	18
	VII

(2) Fremdgeschäftsführungswille beim neutralen Geschäft.	19
(3) Der Fremdgeschäftsführungswille beim auch fremden Geschäft.	20
(a) Öffentlich-rechtliche Verpflichtung des Bürgers . .	21
(b) Verwaltungsträger als Geschäftsführer	21
(c) Privatrechtlicher Vertrag mit einem Dritten	22
(d) Geschäftsführung ohne Auftrag und unechte Gesamtschuld	23
(e) Selbstaufopferung im Straßenverkehr	24
(f) Nichtige Verträge	25
(g) Wahrung der rechtsgeschäftlichen Privatautonomie	26
(h) Abmahnung im gewerblichen Rechtsschutz	27
(i) Bewertung	28
d) Exkurs: Keine Geschäftsfähigkeit des Geschäftsführers	28
e) Ohne Auftrag oder sonstige Berechtigung.	28
f) Die Berechtigungsgründe §§ 683 S. 1, 679, 684 S. 2 . .	29
aa) Grundsatz: willens- und interessensgemäße Übernahme	29
bb) Entgegenstehender Wille nach § 679 unbeachtlich	30
cc) Genehmigung der Geschäftsführung, § 684 S. 2 . .	32
3. Rechtsfolgen der berechtigten GoA.	33
a) Anspruch des Geschäftsführers auf Aufwendungsersatz	33
aa) Aufwendungen, die der Geschäftsführer für erforderlich halten durfte	33
(1) Aufwendungen	33
(2) Erforderlichkeit.	35
bb) Ausschluss des Aufwendungsersatzanspruchs wegen Schenkungsabsicht.	35
cc) Anspruchsbegrenzung bei Zusammentreffen von Fremd- und Eigeninteresse	36
dd) Kürzung des Aufwendungsersatzanspruchs, § 254	36
b) Ansprüche des Geschäftsherrn.	38
aa) Anspruch auf Herausgabe des Erlangten	38
bb) Schadensersatz bei Ausführungsver schulden, §§ 677, 280	38
(1) Pflichtverletzung	38
(2) Verschulden	39
(3) Der Umfang der Ersatzpflicht	42
cc) Schadensersatz wegen Verletzung der Nebenpflichten nach § 681	43
(1) Anzeigepflicht	43
(2) Auskunfts- und Rechenschaftspflicht.	44
4. Konkurrenzen der berechtigten GoA.	44

III.	Die echte unberechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag	45
1.	Tatbestand der unberechtigten GoA	45
2.	Rechtsfolgen der unberechtigten GoA	45
a)	Der Anspruch des Geschäftsführers auf Aufwendungsersatz nach § 684 S. 1.	46
aa)	Ausgestaltung als besonderer Bereicherungsanspruch	46
bb)	Die Verweisung in § 684 S. 1	46
cc)	Umfang der Bereicherungshaftung.	47
b)	Ansprüche des Geschäftsherrn.	48
aa)	Schadensersatz wegen Übernahmeverschuldens nach § 678	48
bb)	Schadensersatz wegen Ausführungsverschuldens gemäß §§ 677, 280	49
cc)	Anspruch auf Auskunftserteilung und Rechenschaftslegung	50
3.	Konkurrenzen der unberechtigten GoA	50
§ 4	Die unechte Geschäftsführung ohne Auftrag (§ 687)	51
I.	Die irrtümliche Eigengeschäftsführung gemäß § 687 Abs. 1.	51
1.	Tatbestand der irrtümlichen Eigengeschäftsführung	52
2.	Rechtsfolge der irrtümlichen Eigengeschäftsführung	52
II.	Angemaßte Eigengeschäftsführung gemäß § 687 Abs. 2	52
1.	Tatbestand der angemaßten Eigengeschäftsführung.	53
a)	Objektiv fremdes Geschäft	53
b)	Eigengeschäftsführungswille	53
2.	Rechtsfolgen der angemaßten Eigengeschäftsführung	54
a)	Wahlrecht des Geschäftsherrn	54
b)	Ausübung des Wahlrechts zugunsten der GoA-Vorschriften	54
aa)	Ansprüche des Geschäftsherrn	54
bb)	Ansprüche des Geschäftsführers	55
c)	Nichtausübung des Wahlrechts zugunsten der GoA-Vorschriften.	55
aa)	Rechte des Geschäftsherrn	55
bb)	Rechte des Geschäftsführers	56
3.	Konkurrenzen der angemaßten Eigengeschäftsführung	56
§ 5	Die Rechtsfolgen der Geschäftsführung ohne Auftrag (Gesamtüberblick)	57
I.	Aufwendungsersatzanspruch des Geschäftsherrn	57
1.	Aufwendungsersatzanspruch nach §§ 683, 670	57
2.	Aufwendungsersatzanspruch nach §§ 684 S. 1, 818	58
II.	Herausgabeanspruch des Geschäftsherrn	58
1.	Herausgabe des Erlangten nach §§ 681 S. 2, 667.	58
2.	Herausgabeansprüche nach allgemeinen Vorschriften	58

III. Schadensersatzansprüche des Geschäftsherrn	59
1. Schadensersatz wegen Ausführungsverschuldens gemäß §§ 677, 280	59
2. Schadensersatz wegen Verletzung von Nebenpflichten.	59
3. Schadensersatz wegen Übernahmeverschuldens gemäß § 678.	59
4. Schadensersatz nach den allgemeinen Vorschriften, §§ 987 ff., 823 ff.	59
Teil 2: Schadensersatz wegen unerlaubter Handlungen	60
§ 6 Grundlagen deliktischer Haftung	61
I. Einführung	61
II. Grundlagen des deutschen Haftungsrechts	61
III. Notwendigkeit von Haftungsgrundlagen	62
IV. Entwicklung des Deliktsrechts in jüngerer Zeit	63
V. Abgrenzung von Verschuldenshaftung und Gefährdungshaftung	64
VI. Abgrenzung zum Vertragsrecht	65
1. Allgemeines	65
2. Nebeneinander von vertraglicher und deliktischer Haftung	65
1. Abschnitt: Verschuldenshaftung	66
§ 7 Haftung nach § 823 Abs. 1	66
I. Prüfungsaufbau	66
II. Der Grundtatbestand deliktsrechtlicher Verantwortlichkeit	67
III. Verletzung eines Rechtsguts oder Rechts	67
1. Verletzung des Lebens	67
2. Verletzung des Körpers und der Gesundheit.	68
a) Grundlagen	68
b) Einzelne Fallgruppen	69
aa) Ärztlicher Heileingriff	69
bb) Abgrenzung zwischen Körper- und Eigentumsverletzung	70
cc) Wrongful birth/wrongful life	70
(1) Wrongful birth	70
(2) Wrongful life	72
(3) Sonstige vorgeburtliche Verletzungen.	72
dd) Schockschäden	73
3. Freiheitsverletzung	73
4. Eigentumsverletzung	74
a) Rechtliche Entziehung des Eigentumsrechts bzw. Belastung	74
b) Tatsächliche Beeinträchtigung des Eigentums (insbesondere Sachentziehung)	75

c)	Substanzverletzung	75
aa)	Beschädigung, Zerstörung	75
bb)	Spezialfall: „Weiterfresserschaden“	76
d)	Reine Nutzungsbeeinträchtigungen	78
e)	Sonderfall: Beeinträchtigung einer organisatorischen Sacheinheit	80
5.	Verletzung eines sonstigen Rechts	81
a)	Ausschluss reiner Vermögensschäden	81
b)	Herrschaftsrechte	82
c)	Berechtigter Besitz/unberechtigter Besitz	84
d)	Familienrechte	85
e)	Rahmenrechte	87
aa)	Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	88
(1)	Historische Entwicklung	88
(2)	Das allgemeine Persönlichkeitsrecht im Verhältnis zu spezialgesetzlichen Ausgestaltungen des Persönlichkeitsrechts	89
(3)	Eingriff in den Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	90
(a)	Der objektive Schutzbereich	90
(aa)	Rechtsträger	91
(bb)	Fallgruppen	91
(b)	Rechtswidrigkeit: Umfassende Güter- und Interessenabwägung	97
(4)	Rechtsfolgen bei Annahme einer rechtswidrigen Persönlichkeitsverletzung	100
(a)	Unterlassungs- und Beseitigungsanspruch	100
(b)	Schadensersatz	100
(c)	Exkurs: Bereicherungsrechtliche Ansprüche	102
bb)	Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	102
(1)	Allgemeines	102
(2)	Verhältnis zu sondergesetzlichen Regelungen	103
(3)	Betriebsbezogener Eingriff in das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	103
(a)	Das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	103
(b)	Betriebsbezogenheit des Eingriffs	104
(c)	Fallgruppen	104
(aa)	Unberechtigte Schutzrechtsverwarnungen	104
(bb)	Unberechtigte Streiks	105
(d)	Rechtswidrigkeit	105
IV.	Verletzungshandlung und Unterlassen	106
1.	Handlung	106
2.	Abgrenzung von Tun und Unterlassen	106
3.	Unterlassen	107
a)	Garantenstellung aufgrund einer Schutzpflicht	107

b)	Garantenstellung aus vorangegangenem Tun/Ingerenz .	107
c)	Verkehrssicherungspflichten	107
aa)	Zweck und Umfang.	108
bb)	Systematische Einordnung und Verortung im Prüfungsaufbau	109
cc)	Entstehungsgründe	110
(1)	Öffnung des eigenen Bereichs für den Verkehr . . .	110
(2)	Übernahme einer Aufgabe	110
(3)	Tatsächliche Verfügungsgewalt über bestimmte Sachen und Unternehmungen.	111
(4)	Produzentenhaftung.	111
dd)	Person des Verpflichteten und Ausübung durch Dritte.	111
d)	Weitere Voraussetzungen der Haftung für Unterlassen .	111
V.	Haftungsbegründende Kausalität	112
1.	Allgemeines	112
2.	Die Äquivalenztheorie	112
a)	Gesamtkausalität und Doppelkausalität	113
b)	Unterlassen	113
3.	Die Adäquanztheorie	114
4.	Schutzzweck der Norm	115
a)	Schockschäden.	115
b)	Herausforderungsfälle	116
c)	Schadensverursachung durch Dritte	117
VI.	Rechtswidrigkeit	118
1.	Allgemeines	118
2.	Der klassische Theorienstreit	119
3.	Vermittelnde Ansicht	120
4.	Insbesondere: Rechtswidrigkeit bei einem Unterlassen	120
5.	Rechtfertigungsgründe.	121
a)	Überblick	121
b)	Einwilligung	122
c)	Handeln auf eigene Gefahr	122
VII.	Verschulden	123
1.	Allgemeines	123
2.	Verschuldensformen	123
a)	Grundsätzliches	123
b)	Veränderungen des Haftungsmaßstabes	124
3.	Verschuldensfähigkeit (§§ 827, 828)	125
VIII.	Schaden und haftungsausfüllende Kausalität	126
1.	Die haftungsausfüllende Kausalität	127
2.	Schaden	128
3.	Deliktsrechtliche Besonderheiten	129
4.	Mitverschulden, § 254.	131

§ 8	Die Grundsätze der deliktischen Produzentenhaftung nach § 823	
	Abs. 1	132
	I. Überblick	132
	II. Die Besonderheiten der Produzentenhaftung	133
	1. Allgemeine Voraussetzungen von § 823 Abs. 1.	133
	2. Verletzung einer herstellerepezifischen Verkehrssicherungspflicht	133
	a) Konstruktionspflicht.	133
	b) Fabrikationspflicht	134
	c) Instruktionspflicht	134
	d) Produktbeobachtungs- und Reaktionspflicht	135
	3. Die Verteilung der Beweislast.	135
	a) Konstruktions- bzw. Fabrikationsfehler	135
	b) Instruktionsfehler.	136
	c) Produktbeobachtung	136
§ 9	Haftung für Schutzgesetzverletzung (§ 823 Abs. 2)	137
	I. Prüfungsaufbau	137
	II. Überblick	137
	III. Tatbestandsvoraussetzungen	138
	1. Verletzung eines Schutzgesetzes	138
	a) Jede Rechtsnorm und Individualschutz.	138
	b) Persönlicher, sachlicher und modaler Schutzbereich	139
	2. Haftungsbegründende Kausalität	140
	3. Rechtswidrigkeit	140
	4. Subjektive Voraussetzungen der Haftung nach § 823 Abs. 2	140
	5. Haftungsausfüllender Tatbestand	141
§ 10	Haftung nach § 826 (sittenwidrige vorsätzliche Schädigung).	141
	I. Prüfungsaufbau	141
	II. Allgemeine Bedeutung.	141
	III. Sittenwidrigkeit	142
	IV. Haftungsbegründende Kausalität	143
	V. Vorsatz	144
	VI. Wichtige Fallgruppen	144
	1. Beteiligung am Vertragsbruch.	144
	2. Erlangung eines unrichtigen Urteils oder Vollstreckungstittels	145
	3. Gläubigerbenachteiligung	145
	a) Insolvenzverschleppung/Sanierungsvereitelung.	145
	b) Kredittäuschung.	146
	c) Vertiefung: „Existenzvernichtungshaftung“	146
	4. Haftung für Fehlinformationen	147

Inhaltsverzeichnis

§ 11 Haftung nach § 824 (Kreditgefährdung)	147
I. Prüfungsaufbau	147
II. Funktion und Tatbestandsvoraussetzungen	148
III. Ausschluss durch Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 824 Abs. 2)	150
IV. Rechtsfolgen	151
V. Verhältnis zu anderen Anspruchsgrundlagen	151
2. Abschnitt: Die Haftung aus vermutetem Verschulden	151
§ 12 Haftung nach § 831 (Geschäftsherrnhftung)	152
I. Prüfungsaufbau	152
II. Normzweck	153
III. Tatbestandsvoraussetzungen	153
1. Bestellen eines Verrichtungsgehilfen	153
2. In Ausführung der Verrichtung	154
3. Widerrechtliche Schadenszufügung	154
4. Exkulpationsmöglichkeit, § 831 Abs. 1 S. 2	155
IV. Übernahme durch Vertrag, § 831 Abs. 2	156
V. Konkurrenzen	156
VI. Abgrenzung	157
§ 13 Haftung nach § 832 (Haftung des Aufsichtspflichtigen)	157
I. Prüfungsaufbau	158
II. Normzweck	158
III. Tatbestandliche Voraussetzungen	158
1. Aufsichtspflicht	158
2. Widerrechtliche Schädigung durch den Aufsichtsbedürftigen	159
3. Exkulpationsmöglichkeit, § 832 Abs. 1 S. 2	159
IV. Innenverhältnis Aufsichtspflichtiger/Aufsichtsbedürftiger	160
§ 14 Haftung nach § 833 S. 2 (Haftung des Nutztierhalters)	161
I. Prüfungsaufbau	161
II. Normzweck	161
III. Tatbestandsvoraussetzungen	161
1. Rechtsgutsverletzung/Haftungsbegründende Kausalität	161
2. Durch ein „Nutzhaustier“	162
3. Tierhaltereigenschaft	163
4. Exkulpationsmöglichkeit	163
5. Haftungsausschluss/Mitverschulden	164
§ 15 Haftung nach § 834 (Haftung des Tierhüters)	164
I. Tierhüter	164
II. Entlastungsbeweis	164
III. Verhältnis zwischen Tierhüter- und Tierhalterhaftung	165

§ 16	Haftung für Gebäude und Werke (§§ 836–838)	165
	I. Normzweck	165
	II. Tatbestandsvoraussetzungen	165
	III. Haftungsschuldner	166
3. Abschnitt:	Billigkeitshaftung	166
§ 17	Haftung nach § 829	166
	I. Normzweck	167
	II. Voraussetzungen und Haftungsumfang	167
4. Abschnitt:	Gefährdungshaftung	168
§ 18	Haftung nach § 833 S. 1 (Haftung des (Luxus-)Tierhalters)	169
	I. Prüfungsaufbau	169
	II. Normzweck	169
	III. Tatbestand	170
§ 19	Haftung nach § 7 Abs. 1 StVG (Haftung des Fahrzeughalters)	170
	I. Prüfungsaufbau	170
	II. Normzweck	170
	III. Tatbestandsvoraussetzungen	171
	1. Rechtsgutsverletzung	171
	2. Beim Betrieb eines Kraftfahrzeugs oder Anhängers	171
	a) Begriff des Kfz.	171
	b) Betrieb	172
	3. Halter	173
	4. Einschränkungen der Haftung nach dem Schutzzweck der Norm	174
	5. Haftungsausschluss	174
	a) Höhere Gewalt	174
	b) Schwarzfahrten, § 7 Abs. 3 StVG	175
	c) Vertraglicher Haftungsausschluss, § 8a StVG	176
	6. Mitverschulden	176
	7. Zusammentreffen von mehreren Haltern oder Fahrern	176
	8. Konkurrenzen	177
	9. Umfang der Haftung	177
§ 20	Produkthaftung nach § 1 Abs. 1 ProdHaftG	177
	I. Allgemeines	177
	II. Voraussetzungen	177
	1. Rechtsgutverletzung	177
	2. Produkt für den privaten Ge- oder Verbrauch bestimmt	178
	3. Produkt i. S. v. § 2 ProdHaftG	178
	4. Produktfehler (§ 3 Abs. 1 ProdHaftG)	178

Inhaltsverzeichnis

5. Haftungsbegründende Kausalität	178
6. Hersteller i. S. v. § 4 ProdHaftG	179
7. Ausschluss der Produkthaftung nach § 1 Abs. 2 ProdHaftG und Haftungsumfang	179
5. Abschnitt: Personenmehrheiten auf Schädigerseite	179
§ 21 Die Haftung mehrerer Schädiger – §§ 830, 840	179
I. Gesamtschuldnerische Haftung nach § 830 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 i. V. m. § 840	179
II. Haftung von Alternativtätern nach §§ 830 Abs. 1 S. 2, 840	180
1. Normzweck	180
2. Voraussetzungen	180
Teil 3: Bereicherungsrecht.	183
§ 22 Einführung	184
I. Aufgabe bereicherungsrechtlicher Ansprüche	184
II. Die Unterscheidung zwischen Leistungs- und Nichtleistungskon- diktion.	184
III. Schematischer Überblick.	185
IV. Rechtsfolgen des Bereicherungsrechts: §§ 818 ff.	185
§ 23 Konkurrenzen	186
I. Abgrenzung zur Aufgabe deliktsrechtlicher Ansprüche	186
II. Abgrenzung zu vertraglichen Ansprüchen	186
III. Weitere Konkurrenzverhältnisse	187
§ 24 Die Leistungskondiktion	188
I. <i>Condictio indebiti</i> (§ 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 1)	188
1. Prüfungsschema	188
2. Allgemeines	188
3. Die Tatbestandsvoraussetzungen im Einzelnen	189
a) Gegenstand des Bereicherungsanspruches: „etwas er- langt“	189
aa) Rechte aller Art	190
bb) Vorteilhafte Rechtsposition	190
cc) Befreiung von Schulden und Lasten	191
dd) Gebrauchsvorteile	191
b) Leistung des Gläubigers	191
aa) Definition: Bewusste und zweckgerichtete Mehrung fremden Vermögens	191
bb) Maßgebender Empfängerhorizont	192
cc) Leistungsbewusstsein	192
(1) Individuelles Leistungsbewusstsein	192

(2) Generelles Leistungsbewusstsein ebenfalls ausreichend	192
dd) Zweckrichtung	193
(1) Unterschied der Leistung zur bloßen Zuwendung	193
(2) Bedeutung der Tilgungsbestimmung	194
(3) Rechtsnatur der Zweckrichtung	194
(4) Bedeutung des Leistungszwecks	194
(5) Vorrang der Leistungskondiktion	194
c) Ohne rechtlichen Grund	195
aa) Anspruch besteht von Anfang an nicht	195
bb) Exkurs: Fälle des § 434 Abs. 3	196
d) Sonderfall des § 813 Abs. 1	197
II. Leistungskondiktion gem. § 812 Abs. 1 S. 2 Alt. 1 (condictio ob causam finitam).	198
1. Prüfungsschema	198
2. Voraussetzungen	198
III. Die Zweckverfehlungskondiktion (§ 812 Abs. 1 S. 2 Alt. 2)	200
1. Prüfungsschema	201
2. Voraussetzungen	201
a) Veranlasser- und Vorleistungsfälle	201
b) Zweckanstaffelung	202
IV. Die Leistungskondiktion gem. § 817 S. 1	205
1. Prüfungsschema	205
2. Voraussetzungen	205
V. Ausschlussstatbestände im Fall der Leistungskondiktion	206
1. § 813 Abs. 2	206
2. Kenntnis vom Fehlen des rechtlichen Grundes (§ 814)	207
3. Vereitelung des bezweckten Erfolges (§ 815)	209
4. Einwendung aus § 817 S. 2	210
a) Anwendungsbereich	210
b) Voraussetzungen	210
§ 25 Die (allgemeine) Nichtleistungskondiktion (§ 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 2).	215
I. Prüfungsschema	215
II. Allgemeine Grundsätze	215
1. Der Grundsatz der Subsidiarität der Nichtleistungskondiktion	215
2. Die Erscheinungsformen der (allgemeinen) Nichtleistungskondiktion	216
III. Übersicht	217
IV. Die (allgemeine) Eingriffskondiktion.	217
1. Allgemeines	217
2. Tatbestandsvoraussetzungen der Eingriffskondiktion	218
a) Bereicherungsgegenstand „etwas erlangt“	218
b) Erwerb „in sonstiger Weise“	218
aa) Abgrenzung zur Leistungskondiktion	218

bb) Beispielsfälle	219
c) Auf Kosten des Anspruchstellers	220
3. Unmittelbarkeit der Vermögensverschiebung	224
4. Ohne Rechtsgrund	225
V. Aufwendungs- und Verwendungskondiktion (§ 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 2)	227
1. Allgemeines	227
2. Prüfungsschema	228
3. Subsidiarität der Aufwendungs- und Verwendungskondiktion	228
4. Voraussetzungen der Verwendungskondiktion im Einzelnen	230
a) Bereicherung in sonstiger Weise	230
b) Auf Kosten des Bereicherungsgläubigers	230
c) Ohne Rechtsgrund	230
VI. Die Rückgriffskondiktion (§ 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 2)	231
1. Prüfungsschema	231
2. Einführung	231
3. Typische Fallgruppen	231
a) Beabsichtigte Zahlung auf fremde Schuld	231
b) Irrtümliche Zahlung auf fremde Schuld	232
§ 26 Sondertatbestände der Eingriffskondiktion	233
I. Überblick	233
II. Entgeltliche Verfügung eines Nichtberechtigten (§ 816 Abs. 1 S. 1)	233
1. Prüfungsschema	234
2. Allgemeines	234
3. Tatbestandsvoraussetzungen	234
a) Der Begriff der Verfügung	234
b) Verfügung durch einen Nichtberechtigten	236
c) Dem Berechtigten gegenüber wirksam	236
d) Entgeltlichkeit der Verfügung	237
e) Rechtsfolge des § 816 Abs. 1 S. 1: Umfang des Herausgabeanspruchs	238
aa) Wortlaut der Vorschrift: das durch die Verfügung Erlangte	238
bb) Höhe der Herausgabepflicht	238
III. Unentgeltliche Verfügung eines Nichtberechtigten (§ 816 Abs. 1 S. 2)	240
1. Prüfungsschema	240
2. Allgemeines	240
3. Unentgeltlichkeit der Verfügung	241
4. Rechtsgrundlose Leistungen	242
IV. Abgrenzung: Unentgeltliche Verfügung eines Berechtigten (§ 822)	243
1. Prüfungsschema	244
2. Grundgedanke	244

3. Primärer Kondiktionsanspruch ist nicht durchsetzbar	244
4. Rechtsfolgen	246
V. Wirksame Leistung an einen Nichtberechtigten (§ 816 Abs. 2).	247
1. Prüfungsschema	247
2. Allgemeines	247
3. Leistung an einen Nichtberechtigten	248
a) Leistung	248
b) Gegenüber einem Nichtberechtigten	248
4. Wirksamkeit der Leistung gegenüber dem Berechtigten	248
5. Rechtsfolge	250
§ 27 Die Rechtsfolgen bereicherungsrechtlicher Ansprüche	250
I. Überblick	250
II. Herausgabe des Erlangten	251
III. Herausgabe gezogener Nutzungen, § 818 Abs. 1 BGB	252
IV. Herausgabe der Surrogate, § 818 Abs. 1	254
V. Wertersatz gemäß § 818 Abs. 2	255
VI. Der Entreicherungseinwand (§ 818 Abs. 3)	256
1. Telos der Vorschrift	256
2. Voraussetzungen	257
a) Der ursprüngliche Bereicherungsgegenstand existiert nicht mehr	257
b) Ursprünglicher Bereicherungsgegenstand existiert noch	258
VII. Die Rückabwicklung synallagmatischer Austauschverhältnisse	260
1. Einführung	260
2. (Modifizierte) Zweikonditionen- und Saldotheorie	260
VIII. Aufgedrängte Bereicherung	265
IX. Die verschärfte Haftung des Konditionsschuldners – §§ 818 Abs. 4, 819 Abs. 1, 820	266
1. Allgemeines	266
2. Rechtshängigkeit nach § 818 Abs. 4	266
3. § 819 Abs. 1 – positive Kenntnis des fehlenden Rechtsgrundes	267
4. Gesetzes- oder Sittenverstoß (§ 819 Abs. 2)	268
5. Ungewisser Leistungserfolg bei Zweckverfehlungskondition (§ 820 Abs. 1 S. 1) und möglicher späterer Wegfall des Rechts- grundes (§ 820 Abs. 1 S. 2)	269
6. Folgen der Haftungsverschärfung	269
a) Haftung nach den allgemeinen Vorschriften (§ 818 Abs. 4)	269
b) Wertersatzpflicht nach § 818 Abs. 2	270
X. § 821 – Die Bereicherungseinrede	271
§ 28 Bereicherungsausgleich in Dreiecks- und Mehrpersonenverhältnissen	272
I. Allgemeine Problemstellung	272
II. Leistungskette und Durchlieferung	273
1. Leistungskette	273

Inhaltsverzeichnis

2. Durchlieferung	274
3. Kondiktion der Kondiktion	274
III. Das Verhältnis von Leistungs- und Eingriffskondiktion im Falle gesetzlicher Erwerbsvorschriften	275
1. Allgemeine Grundsätze	275
2. Im Speziellen: Einbaufälle	276
IV. Anweisungsfälle	277
1. Grundsatz	277
2. Ausnahmen	278
a) Vollständiges Fehlen der Anweisung	278
b) Fehlerhafte oder widerrufenen Anweisung	280
V. Bereicherungsausgleich bei der Leistung auf fremde Schuld, § 267.	282
1. Problemstellung	282
2. Leistung auf Veranlassung des Putativschuldners	283
3. Leistung aus eigenem Antrieb	284
VI. Bereicherungsausgleich beim Vertrag zugunsten Dritter	284
1. Problemstellung	284
2. Mängel im Deckungsverhältnis	285
3. Mängel im Valutaverhältnis	286
VII. Bereicherungsausgleich bei der Abtretung	287
1. Ausgangslage	287
2. Abtretung einer nicht existenten Forderung	287
3. Kondiktion gegen den Zedenten.	287
4. Kondiktion gegen den Zessionar	287
Stichwortverzeichnis	289